

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Publikations-Organ der sozialdemokratischen u. kommunistischen Organisationen in sämtl. Organen westlich, Ostdeutschl., Schriftleitung: Dr. W. Müller, Halle, Postfach 1000, 2000. Beilagen: „Kommunistische Rundschau“ mittwochs von 1 Uhr bis 2 Uhr. — Anzeigen: einseitig 10 Mark, bei 14 Tagen 15 Mark, bei 30 Tagen 20 Mark.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM, u. 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 RM, für Halbes Jahr 12,00 RM, halbes Jahr 6,00 RM, durch Postboten angeheftet 2,70 RM, bei direkter Einlieferung an den Besteller 2,00 RM. — Einzelhefte 15 Pf. im Einzelverkauf 10 Pf. im Verkauf durch den Verleger. Druckerei: Dr. W. Müller, Halle, Postfach 1000, 2000. Verlagsnummer 2019 67/34

Beratungen im Preussischen Landtag

Gegen die Schließung der Mansfelder Gruben

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Christange und Möller brandmarken die leichtfertige Wirtschaft der Direktion Sozialdemokratische Rettungsvorschläge - Die Kommunisten versagen wieder

Im Preussischen Landtag wurde gestern durch den Ausschuss für Handel und Gewerbe Stellung genommen zur Lage des Mansfelder Kupfererzbergbaues. Der Ausschuss ging voraus eine Beiprägung der Direktionsvorsteher mit Betriebsrat und Direktion des Bergbauwerks. Dabei wurden dem Generaldirektor Dr. Stahl von dem Abg. Möller (Halle) die folgenden drei Fragen vorgelegt:

1. Beschäftigt die Mansfeld AG. nach dem Demobilisationsprogramm die Schließung von 30. Mai genehmigt hat, die Betriebe an 30. Mai zu schließen?
2. Ist die heute vorliegende Schließungsentscheidung nach dem Programm an die im Programm vorgeschriebenen Transaktionsbedingungen bei Stahlberg-Grube und den übrigen Werken überhaupt zu halten?
3. Wie kann sich die Mansfeld AG. die Gewährung und Höhe von Subventionen? Zu der ersten Frage wurde vom Generaldirektor Stahl erklärt, daß die Werksleitung nur dann die Schließung am 30. Mai vornehmen würde, wenn die auf ihr Programm folgenden Millionen fehlen. Bei der zweiten Frage mußte er die vorliegenden Spezialfragen des Abg. Möller und die damit zusammenhängenden Fragen beantworten. Eine klare Beantwortung der letzten Frage wurde von ihm verweigert, er glaubte aber mit Zusätzen bis zu 9 Millionen Mark im Jahre rechnen zu müssen.

Abgeordneter Christange (Eisleben) fragte, ob die Mansfeld AG. tatsächlich die Übernahme des Kupfererzbergbaues durch den Preussischen Staat wünsche. Stahl gab die Erklärung ab, daß solche Erörterungen in der Zeitung nicht eingestellt worden wären, da man die Übernahme für aussichtslos hält. Möller sagte er hinzu, daß man aber selbstverständlich gern ein solches Geschäft machen würde. Jetzt erschienen auch die Kommunisten auf dem Plan und stellten die Frage, auf welcher Basis die Verhandlungen über die Übernahme eingeleitet werden könnten. Sie hatten offenbar gehofft, die Generaldirektion würde

aus dem Jahre 1930, und wiesen noch, daß die Millionen von Sondergewinnen aus dem vergangenen Jahre nicht zu möglichen, beträchtlichen Preissteigerungen verwendet worden sind, sondern zu völlig verfehlten Spekulationen. Die Millionen, die hierbei verpulvert wurden, hätten eine geeignete Reserve dargestellt für die Zeit rückgängiger Kupferpreisentwicklung, die jetzt vorhanden ist und mit der nach den Ergebnissen der Preisbildung zu rechnen war. Stahl wurde gegenüber die Methode, die die Mansfeld AG. anwendet, um ihr Programm, um aber vor allen Dingen die erheblichen Lohnrücklagen von 12 bis 18 Millionen zu beschützen. Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Jahren, die ihr Glück bringen sollen: Lager reich oder nicht, waren andere Wünsche nicht respektiert worden, wird der Kupfererzbergbau billiger. Auf einer solchen Basis läßt sich selbst verhandeln, zumal es unmöglich ist, die an sich nicht besonders günstigen Löhne im Mansfelder Bergbau weiter herabzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion wies durch ihre beiden Redner nach, daß auch ohne Lohnsenkung eine Sanierung möglich ist. Es wurde dann mit allgemein überzeugenden Ausführungen hervorgehoben, welche Wirkungen im Mansfelder Bergbau durch eine evtl. Schließung eintreten. Ein solches unabsehbares Element unter allen Umständen vermieden werden. Praktische Hilfsmaßnahmen für die Mansfeld AG.

sind zunächst Frachtermäßigungen durch die Reichsbahn sowie Abnahme der Schlackenproduktion durch Provinzen, Kreise und Gemeinden. Die Frachtermäßigungen bringen eine Ersparnis von 900 000 RM. im Jahre. Die jährliche Schlackenproduktion von Mansfeld stellt ein Objekt von 8 Millionen Mark dar, und eine Abfertigung würde eine fähigere Erleichterung bringen, zumal nach ein Bestand im Werte von annähernd 14 Millionen Mark vorhanden ist. Wenn sich herausstellt, daß diese Maßnahmen allein nicht ausreichen, um eine Stilllegung des Werks zu verhindern, so würde die sozialdemokratische Fraktion eine Subventionierung in Erwägung ziehen. In diesem Falle würde dann eine Kontrolle des Unternehmens durch Reich und Staat fähig sein, eine Fortsetzung, die vom Reichstag privilegiert in einer Resolution vom Jahre 1928 für alle Subventionen gestellt worden ist. Zunächst ist es aber, bevor die beteiligten Regierungsstellen auf andere Verhandlungen eingehen, notwendig, daß die Mansfeld AG. sich einer genauen Prüfung unterwerfen. Es ist zweckmäßig, daß dieselbe Stelle, die die Gutachten für den Siegerländer Bergbau gemacht hat, die reichslegene Revisions- und Treuhand AG. diese Prüfung vornimmt und die notwendigen Unterlagen herbeischafft.

Die von der Mansfeld AG. geforderten Steuererleichterungen, die in einem Antrag der Deutschen Volkspartei übernommen waren,

wurden von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. In der weiteren Debatte sprachen die Abgeordneten Heidenreich (Deutsche Volkspartei), Hartmann (Demokraten), Schmidt-Döpler (Wirtschaftspartei), Darsch (Zentrum), Dedden (Deutschnationale) im Sinne des Programms der Mansfeld AG. und vor allen Dingen für Steuererleicht. Der Vertreter der Kommunisten, Abgeordneter Schleg, verwarf, wie üblich, die ganze Schuld an der Lage in Mansfeld den verstorbenen freien Gewerkschaften und der SPD, zuzuschreiben. Er konnte aber keinen einzigen positiven Vorschlag machen, durch den die Subventionierung zu verhindern wäre. Er hatte behauptet bei den Beratungen auch nur einen einzigen Vorschlag gemacht zu haben.

Die beschlossenen Stilllegungsmaßnahmen

Nachdem die Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Finanzministeriums und des Innenministeriums zu der Situation Stellung genommen hatten und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Mansfelder Betriebe betonen, kam es zu den Abstimmungen. Angenommen wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten der deutsch-nationale Antrag, der für Steuererleichterung eintritt.

Mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten fand der auch von der SPD. angenommene Antrag der Deutschen Volkspartei Annahme, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Provinzen, Kreise und Gemeinden einzumirken, daß bei den Straßenbauten Mansfelder Schlackensteine in bevorzugter Weise verwendet werden und daß insbesondere diesen Steinen gegenüber Auslandsmaterialien bei gleichen Preisen der Vorzug gegeben wird.“

Mit starkem Interesse sah man dann, insbesondere nach dem Verlauf der Debatte, der Abstimmung über folgenden

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

„Das Staatsministerium wolle umgeben eine Prüfung der Geschäftslage der Mansfeld AG. der Selbstkostenreduktion und der Erleichterung der reichslegenen Revisions- und Treuhand AG. veranlassen, um festzustellen, ob die Gewährung einer staatlichen Subvention zur Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupfererzbergbaues und Hüttenbetriebes nach Durchsicht der sonstigen Maßnahmen noch notwendig und möglich ist.“

Der Antrag wurde mit überzähliger Mehrheit angenommen, da nur die Kommunisten gegen ihn stimmten.

Sie wollen keinen Sozialdemokraten.

Am Dienstag, dem 27. Mai, wird der preussische Minister des Inneren den bisherigen Regierungspräsidenten in Stettin, Dr. von Haller, in sein Amt als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Pommern einrufen. Haller übernimmt das Amt zunächst nur kommissarisch, weil die pommerschen Deutschnationalen sich bisher geweigert haben, ihr Einverständnis auch zu der Ernennung des Sozialdemokraten Dr. Simon zum Regierungspräsidenten in Stettin zu erteilen. Simon wird deshalb ebenfalls von Amt zunächst nur kommissarisch antreten. Inzwischen ist der Dienstantritt der beiden höchsten Beamten Pommerns nur insofern ermöglicht, als sie ihre Ämter innehaben werden, solange es der preussischen Regierung gefällt.

Neuwahlen in Sachsen

Der Landtag beschließt seine Auflösung

Dresden, 20. Mai. (Eig. Drahtf.)

Der sächsische Landtag beschloß am Dienstag mit 60 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen 46 Stimmen der bürgerlichen Parteien seine Auflösung.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab der Abg. Stehmann eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Der Auflösungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion setzt dem Landtag ein Ende. Ein Parlament, das infolge der größten Widersprüche der bürgerlichen Parteien, infolge der Klassenzerstückelung der Kommunisten und neuer eine rechte noch linke Regierung bilden oder im Sattel halten konnte, ein Parlament, in dem die bürgerlichen Parteien trotz ihrer Schwäche Stoff des Standpunkt vertreten, daß die große Masse des arbeitenden Volkes, vertreten durch die Sozialdemokratie, von der Regierung und der Mitbestimmung im Staat ausgeschlossen bleiben mußte, ein solches Parlament konnte keinen anderen Ausweg als den der Auflösung finden. Damit haben die bürgerlichen Parteien Sachsen gezeigt, daß sie gegen die Klassenkampfpolitik streben gegen die schaffende Bevölkerung. Der Landtag sollte ein Instrument der rückwärtigen Kreise bleiben, der Sozialdemokratie im Verbande sächsischer Industrieller, hinter dem die Volkspartei steht, der englischen Kleinbürger in der Wirtschaftspartei, der politisch und kulturell völkerverfeindlichen Deutschnationalen und ihres propagatorischen Anhangs.“

Bei der Reuaußung des Landtags im Jahre 1924 hat sich die Sozialdemokratie auch nach dem Sturz der Binger-Regierung bereit erklärt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen,

loset für die schaffende Bevölkerung tragbare Bedingungen bei einer Regierungsbildung gewährleistet wurden. Die Verhandlungen über die Mitbestimmung der Sozialdemokratie sind gescheitert an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei, die unter dem Druck der sächsischen Industriellen die politische Vertretung der Arbeiterklasse auch weiterhin von der Regierung fernhalten will. Die traurige Rolle in der widerlichen Komödie um die sächsische Regierung spielten die Nationalsozialisten. Jetzt ist ihnen das sogenannte unpolitische Beamenkabinett nicht reaktionär genug, weil in dem für die Arbeiterklasse besonders wichtigen Arbeitsministerium kein Nationalist als Minister ernannt worden ist. Futtertrippenspolitik und Postenjagderei ist also das politische Motiv für die Haltung der Nationalsozialisten. Die Nazis wollen nach ihrem eigenen Geständnis einen nationalsozialistischen Block für Mitteldeutschland schaffen. Was ein Nazi-Sachsen bedeuten würde, das zeigt Nazi-Führungen.“

Die Sozialdemokratie Sachsens kämpft für einen neuen besseren Landtag, in dem die Möglichkeit besteht, die Geschicke des Volksstaates Sachsens durch den heilsamen Willen der wackeren Bevölkerung entscheidend zu beeinflussen.“

Die Neuwahl am 22. Juni

Das sächsische Gesamt-Ministerium beschloß am Dienstag nach dem Auflösungsbeschluss des sächsischen Landtages die Neuwahlen am den 22. Juni festzusetzen. Die Wahlvorschlüsse der Parteien müssen bis zum 5. Juni eingereicht sein.

Sozialdemokratische Kritik und Vorschläge.

Auf der Basis des in der Vorberberatung zum fernerngeordneten Materials fanden am Abend die Ausschussberatungen statt. Es lagen zur Sache der Urträge vor, die von den Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Landtag gestellt worden waren. Für die sozialdemokratische Fraktion sprachen die Abgeordneten Christange (Eisleben) und Möller (Halle). In sehr eingehenden Ausführungen behandelten sie die Lage des bergbaulichen Betriebes und die besonderen dringenden Materialfragen dieses Bergbaues. Die sozialdemokratischen Abgeordneten unseres Bezirkes auf die Beibehaltung des Internationalen Kupfererzwerkes, die Gewinn der Mansfeld AG. aus den Vorkäufen, insbesondere aber



Welt der Frau.



Frau und Politik von Hermine David

„Politik ist Männerrecht“, diesen Ausdruck hört man zwar heute von keiner Politikerin, keiner Abgeordneten oder Parteifunktionärin mehr, auch wohl kaum von einer in Beruf stehenden und im Hausstande engagierten Frau. Es soll zwar Männer geben, die diesen überalterten Satz noch gerne vernehmen möchten. Aber leider oft kann man ihn noch hören im immerhin großen Maße der nicht berufstätigen Hausfrau und Mutter. Sie meinen oft, „keine Zeit“ zu haben, sich mit politischen Dingen zu befassen, als ob es für sie, die eine so wichtige Rolle in der Volkswirtschaft spielen, eines besonderen Hausstandes bedürfe, ihr volkswirtschaftliches Handeln auch volkswirtschaftlich zu durchdenken, was allerdings in politischer Zielsetzung führen würde. Sie leben das öffentliche Leben, die Sphäre der Politik, als etwas ihnen unendlich ferngelegenes an. Und oft sehen sie in unbefähigten Bescheidenheit bewundernd zu den berufstätigen Frauen auf, von denen sie annehmen, daß sie dem Qualen des Berufslebens für öffentliches Leben näher stünden. Während sie im „engen Kreis“ der häuslichen und mütterlichen Pflichten keine Möglichkeiten hätten, Erfahrungen zu sammeln, die sie in politischer Tätigkeit fruchtbar auswirken könnten.

So habe ich tatsächlich vor einiger Zeit eine Zeitschrift an eine Frauenzeitschrift gelesen, in der eine Hausfrau, Gattin eines Beamten mit kleinem Einkommen, und Mutter von drei Kindern, allen Erntes ihre beruflichen Schwächen um ihren so viel weiteren Blick, ihr so viel interessanteres Leben beneidet, und sie bittet, von der Höhe ihrer Erfahrungen herab den gewissermaßen in den bescheidenen Nischen des Lebens dahindogelnden Hausfrauen und Müttern helfen und beraten zu helfen.

Nun ist es zwar seit Einigem Freund modern und gehört zum guten Ton, einen „Minderwertigkeitskomplex“ zu pflegen. Und mit Staunen erhebt man, wie oft auswendigstehende selbstkritische Menschen, die man als ihrer fröhlich-lebenden Zuversicht zur eigenen Stellung und Bewertung gewohnt beneiden wollte, ihren „Minderwertigkeitskomplex“ betonen. Nun scheint mir, daß ein wirklicher Minderwertigkeitskomplex, der die Menschen quält und hemmt, sich nicht betont. Und darum ist der typische Hausfrauen Minderwertigkeitskomplex, weil so ganz unbewußt, ein echter und gefährlicher.

Und dazu ein gänzlich unbegrifflicher! Jene erwähnte Zeitschrift geht von der ganz falschen Voraussetzung aus, als wären alle die sozialistischen Teilleistungen, die Hunderttausende von Frauen und Mädchen tagtäglich im Rahmen des Produktionsprozesses ausüben, eine an Wertem reichere, geistig anspruchsvollere Tätigkeit als die „geheimnisvolle“ Tätigkeit des Hausfräuleins. Sind nicht die meisten Frauen diese Teilleistungen weit schärfer?

Man muß von der dünnen Schicht der wissenschaftlichen und künstlerisch sich betätigenden Frauen absehen. Ihnen kann der Beruf selbstredend ein erfüllender und ausfüllender Lebensinhalt werden. Aber trotz Körperkraft und Natur-Hilfsarbeit, die sie bei den Männern, nur wenige beruflich sind, stehen die Massenfrauen gegenüber, die bei der arbeitsteiligen Methode Handarbeit und Geist weit weniger gefordert zu nehmen imstande sind, als die Tätigen der Hausfrau. Wo sonst als im eigenen Haushalt käme eine arbeitende Frau auch nur annähernd die Freiheit des Entschlusses, die Selbstständigkeit in der Gestaltung ihres Tageslaufes? Gewiß auch die Hausfrau ist gebunden an unauflösbare, immer wiederkehrende Verpflichtungen. Aber es sind Verpflichtungen, die in sich vielseitig sind, und Zeiteinteilung und Zeitniß ihrer Arbeit sind bei der Hausfrau weitgehende Angelegenheiten ihrer freien Wahl. Aus der Tatsache, daß auch in den allerreinlichsten Verhältnissen nicht ein Haushalt dem anderen gleich, kann man ersehen, daß die Mittel der Gestaltung eines Hauses von der Leiterin des Hausstandes abhängt, also ihre Verantwortung zur Organisation darüber entscheidet.

Es gibt kaum ein Steuererfordernis, das nicht im Budget der Hausfrau sich irgendwie sichtbar macht. Wenn jetzt der Reichstag über Steuererfordernisse, über Verbesserungen von Steuerständen des täglichen Bedarfs über Brotgetreide, Verteilung landwirtschaftlicher Produkte verhandelt, geht das die Einzelwirtschaft nicht sehr nach an — ist da Politik wirklich nur Männerrecht?

Der Mangel der Probleme, die sich einer denkenden Hausfrau aufdrängen, hätte längst schon denselben mächtigen Konsumentenverband veranlassen müssen, ihre organisierte Macht durch Partei und Konjunktionsgenossenschaft zur Geltung zu bringen und dadurch politisch entscheidend zum Segen der großen Massen zu wirken, wäre den Frauen nicht der besorgte, unbegriffliche Minderwertigkeitskomplex im Wege. Wer nicht nur als Konsumentin auch

politisches Geschehen die Hausfrauen interessieren. Der ganze Aufbau ihres Heimts hängt von Faktoren ab, die letztlich politisch entschieden werden. Nicht jeder Haushalt ist ein wirtschaftliches „Gefäß“. Was es dazu, auch in den Häusern bescheidenen finanziellen Spielraums macht, ist, wie wir schon sagten, persönliche Gestaltung durch die Hausfrau. Die Möglichkeiten zu befriedigender Gestaltung sind freilich durch die leibige Wohnungsnot erheblich eingeschränkt. Wie die Dinge heute liegen, und wie auch jede Frau weiß, fällt die Aufgabe der Wohnungsbeschaffung im wesentlichen der Öffentlichkeit zu. Großzügige Zielbildungsmerkmale durch kommunale und öffentliche Körperschaften haben gezeigt, daß auch für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen Heimstätten beschafft werden können, in denen sich ein Familienleben entfalten kann, das das Leben erst lebenswert macht und den Anspruch erhebt, eine Pflegestätte der bürgerlichen Kultur zu sein. Die heimgestützten Boden-

auf, neue Formen der Ehe eingen um ihr Recht, alles drängt zu gelegentlicher Knechtung auf dieses Gebiet. Die Ausgestaltung und Festhaltung eines Schulwesens, das eines Kulturvolkes würdig ist — alles das sind Dinge, die die bürgerliche Gemeinschaft so lebhaft bewegen, wie die politische Welt und die darum der tätigen Anteilnahme der Frau und Mutter bedürfen. Reine soziale Eigenschaften der Frau sind dabei zurückzuführen.

Es ist auch kein Minderwertigkeitskomplex angebracht, wenn die Mutter ihr heranwachsendes Kind der Schule übergibt und sich plötzlich neuer schwerwiegender Erziehungsfragen gegenüber sieht. Es gilt dann allerdings für die denkende Mutter, der Durchbringung dieser Probleme nicht auszuweichen. Auch nicht zurückzuführen, wenn sie sieht, daß ihr Kind durch die Schule, sei es durch bewußte, Klassenmäßig besangene Einflüsse oder durch Zufall, sei es durch unglücklich wirkenden Verkehr mit Kameraden in eine, dem häuslichen Kreis un-

Internationaler Frauentag



Ein Bild von der Feier im ehemaligen Herrenhause in Berlin.

politik und die Zielungspolitik, die das möglich macht, ist darum ganz gewiß nicht nur Männerrecht!

Weshalb nun schon die wirtschaftliche Tätigkeit der Hausfrau, wie wir schon, eine Menge Gedankenarbeit zu, so ist die Aufgabe, vor die sie als Mutter sich gestellt sieht, erst recht an Problemen reich, die weit in die politische Sphäre hineinweisen. Diese Werte ihrer Tätigkeit wird ja wohl auch kaum von einer Frau als „geheimnisvoll“ angesehen. Die Fürsorgeeinrichtungen für Säuglinge, für Schwangere und Wöchnerinnen, Mutter- und Kinderhaus sind wichtige Kernstücke einer zivilisierten Sozialpolitik, die jede Frau noch angeht. Diese Einrichtungen können nicht zum Segen der heranwachsenden Generation immer weiterentwickelt werden, wenn alle Frauen auf dem Standpunkt stehen, daß Politik nur Männerrecht ist. Frauenforschung hat hier der Gesellschaft die Wege zu weisen.

Die Kämpfe um den § 218 wählen die Öffentlichkeit zu tieferer Seidenhaft

widerlaufende, unermessliche Entlohnung hineingetragen wird. Hier dem Kinde, bis zu dessen eigener Reife, Halt bieten zu können, verlangt natürlich von der Mutter selbst, daß sie die tiefsten weltanschaulichen Gründe ihrer eigenen Lebensgestaltung durchdenkt. Dann kann sie vor ihrem Kinde als Führerin bestehen und fegensreich und erzieherisch, sei es im Kreis seiner Kameraden oder im Elternbeirat der Schule, nach außen wirken.

Ganz klar aber sollte sie Stellung nehmen dazu, ob sie in ihrem Kinde die noch allzuoft an Schulen gepflegte Betenbarung der alten Ideale der Welt wahrnehmen und mit ihm wachsen lassen will. Oder ob sie in ihm die Ehrfurcht weckt und lebendig erhält für Volksgemeinschaft und Gemeinwohl aller Völker. Hier nun weist sich die Aufgabe der Mütter in ihrem „engen Kreis“ zu einer weltgeschichtlichen Mission. Denn damit entscheiden — wenn auch nicht allein, aber doch wesentlich mit — sie über die

grosse Frage der Weltpolitik und der Zukunft: über Krieg und Frieden! Rein, Politik ist nicht nur Männerrecht!

Schwester, alleinstatt herbei!

Der diesjährige Internationale Frauentag wird zum erstenmal seit seiner Einsetzung nicht nur ein Tag der Demonstration und Werbung sein, sondern er soll auch ein Tag der politischen Auseinandersetzung sein, um die für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Darin drückt sich der Wille der Partei aus, mit aller Kraft für den Ausbau der Organisation und für die Gewinnung auch der Frauen zu arbeiten.

Diese Werbung, die unter dem Stichwort: „Die Frau und der Sozialismus“ durchgeführt wird, ist natürlich nicht alleinige Aufgabe der weiblichen Mitglieder. Die Solidarität, die ein Grundprinzip unserer höchsten sozialistischen Bewegung darstellt, erfordert ganz selbstverständlich die Mitarbeit auch der Männer.

Das loeben der Öffentlichkeit vorgelegte Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie verbindet mit berechtigtem Stolz, daß im letzten Berichtsjahre die Zahl der weiblichen Parteimitglieder das zweite

hunderttausend überschritten hat. 218 385 Frauen waren am Jahresanfang in der Sozialdemokratischen Partei vereint. Das sind nicht wenige Mitglieder, als jede andere deutsche Partei überhaupt an Mitgliedern aufweisen kann. Aber die Hunderttausende bilden doch nur erst einen kleinen Minderzweig der Gesamtheit der deutschen arbeitenden Frauen.

Die Kampfarbeit bleibt zu tun, wenn wir erzielen wollen, daß die Masse der schaffenden Frauen organisierte und wirksam wird. Es ist nicht allein die Kraft der Organisation, die am Tag der schaffenden Frau im Vordergrund stehen wird. Die Eroberung der Herzen und Hirne der Frauen für unsere sozialistische Ideale — das ist das Wichtigste. Darum stellt unsere Werbearbeit die Beziehungen der Frau zum Sozialismus in den Mittelpunkt. Genossinnen — und auch Genossen! Welt aller-

Wiederüberprüft heran an die Werkarbeit!

Vertreter der Kraft der Idee, die uns von Sieg zu Sieg geführt! Baden wie alle zu, dann wird der sozialistische Gedanke auch die Frauen, die noch nicht den Weg zur Sozialdemokratie fanden, erregten und mit uns in die eine große Kampffront der Sozialdemokratischen Partei führen.

Vorwärts, hinein in die Wohnungen aller arbeitenden Frauen, hinein mit dem Ruf: Schwester herbei!

Freigewählter Frauentag

In den Wahlen des Senats in den Vereinigten Staaten von Nordamerika finden derzeit die sogenannten Vorwahlen statt, die ungefähr der Aufstellung von Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen entsprechen. In Chicago, wo diese Senatswahlen sehr tumultuös vor sich gingen und zu blutigen Ausschreitungen führten, hat eine Frau, die Witwe des Senators Mac Carnie, hier die größten Chancen durchzubringen. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß sie das größte Vertrauen der Frauen oder der Wählerchaft von Chicago besitzt, sondern lieber doch, daß sie von dem einflussreichen Wohlthäter und Bürgerrechtler, Bill Thompson, der die Wahlkampagne leitet, geliebt wird.

Zürcherinnen haben ein Gemeindevotum

Durch erfolgte Annahme des neuen Städtewahlgesetzes in der kantonischen Nationalversammlung haben vor kurzem die Zürcherinnen das Wahlrecht zu den Gemeindevahlen bekommen. Die Frauen von Romontanopol haben diese Längste durch eine große Demonstration unter dem Namen „Frauentag“ gefeiert. Bei diesem Anlaß haben sie die Forderung nach dem Frauenwahlrecht auch für die Nationalversammlung erhoben.

Maria Deftas Testament

Maria Defta hinterließ ein Testament aus dem Jahre 1925. Die Rührerin hat ihren Bruder und ihre Nichte zu Universalerben eingesetzt. Es heißt in dem Testament weiter, daß Maria Defta nur habe gesund werden wollen, um dem Willen von Ehemann auszuführen. Diese und ähnliche Worte des Testaments sowie ihre letzten Worte vor ihrer Sterbestunde „Ich möchte Ruhe haben!“ betradet die Staatsanwaltschaft als absoluten Beweis für Selbstmord. Auf eine Revision der Sache der Rührerin ist insofern verzichtet worden.

Reiz die „Frauenwelt“!

Das vorliegende Heft ist der „Frauenwelt“ mit einem geschmackvollen farbigen Titelbild, die einen kleinen Federzug zeigt, einen etwas reichhaltigen und sehr sorgfältig ausgearbeiteten Inhalt. Der Einleitungsartikel von Maria Defta und die Frauen ist die beste Lesenswerte. Ein gutes Heftchen ist einseitig, wenn man Wandel bringt in seinem Heft „Kultur der Frauen“ (in ihrem nächsten Heft) doch nicht nur von Frauen, sondern auch von Männern. Eine gute Zeitung macht diesen Beitrag noch mehr, und es bringt uns die „Frauenwelt“ noch mehr wertvolle Artikel zum Systematischen Studium. Mit großer Interesse wird auch jeder den Artikel über den „Frauentag“ und die Frauen in der „Frauenwelt“ lesen. Ein wertvoller und sehr wertvoller Beitrag der alten Ideale der Welt wahrnehmen und mit ihm wachsen lassen will. Oder ob sie in ihm die Ehrfurcht weckt und lebendig erhält für Volksgemeinschaft und Gemeinwohl aller Völker. Hier nun weist sich die Aufgabe der Mütter in ihrem „engen Kreis“ zu einer weltgeschichtlichen Mission. Denn damit entscheiden — wenn auch nicht allein, aber doch wesentlich mit — sie über die

Alle werktätigen Frauen ganz gleich, ob sie am Waschbrett oder in der Küche, im Büro oder in der Fabrik arbeiten, gehören in die Sozialdemokr. Partei



